

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/63

1. April 1974

Garant der Sicherheit und des Friedens

Das westliche Bündnis besteht seit einem Vierteljahrhundert

Von Georg Leber MdB  
Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des  
SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 82 Zeilen

Hat Strauß eine Chance?

Nicht alle in der CSU wollen "bundesweit" werden

Von Volkmar Gabert MdL  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayrischen Landtag  
und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 3 und 4 / 62 Zeilen

Die Machtkämpfe in der Opposition

Die Koalition muß in die Aufklärungs-Offensive gehen

Von Lothar Schwartz  
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 5 und 6 / 68 Zeilen

Wirksamere Hilfe in akuter Not

Initiativen der Bundesregierung zur Verbesserung  
des Rettungswesens

Von Friedel Schirmer MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend,  
Familie und Gesundheit

Seite 7 und 8 / 54 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Ecker

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 400  
Presshaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Str. Nr. 109-112 Telefon: 97 85 11

Garant der Sicherheit und des Friedens  
-----

Das westliche Bündnis besteht seit einem Vierteljahrhundert

Von Georg Leber MdB

Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Aufmachung des Themas läßt wahrscheinlich jeden erwarten, daß er nun eine Reihe wohlklingender Lobeshymnen auf die NATO hören wird. An solcherlei Beifallsbekundungen für das Bündnis liegt mir nichts. Vielmehr möchte ich in nüchterner Form darlegen, worin Wert und Bedeutung der NATO für ihre Mitglieder liegen. Ich nehme Abstand davon zu sagen, die NATO habe uns 25 Jahre den Frieden erhalten. Ein solcher Satz ließe sich schwer beweisen, denn woher sollten wir wissen, daß ohne das Bündnis ein Krieg entstanden wäre. Es kommt mir vielmehr darauf an festzustellen, daß das Verteidigungsbündnis NATO der Garant der äußeren Sicherheit seiner Mitglieder war und ist. Das wird erreicht durch Abschreckung gegen potentielle militärische Angriffe und gegen politische Erpressungen.

Diese Abschreckung funktioniert auf der Basis einer militärischen Stärke unseres Bündnisses, die die Sicherung und Erhaltung des militärischen Kräftegleichgewichts zwischen Ost und West bewirkt. Zukunftsaufgabe der NATO ist es, dieses Gleichgewicht zu erhalten. Das Bestehen zweier unterschiedlicher Gesellschaftssysteme in West und Ost und die Tatsache, daß der Kommunismus nach wie vor Lücken sucht, in die er nachstoßen kann, machen diese Balance notwendig. Dem steht nicht entgegen, daß eine militärische Aggression durch den Osten wenig wahrscheinlich ist. Selbst wenn man dem von der Gegenseite proklamierten Prinzip der friedlichen Koexistenz - dem das Merkmal der Gewaltlosigkeit inhärent ist - trauen kann, sind politische Pressionen zur Durchsetzung von bestimmten Zielen dann nicht auszuschließen, wenn sie auf dem Hintergrund einer übermächtigen militärischen Position vorgetragen werden können. Ein Kräfteungleichgewicht mit einem Gefälle zum Nachteil des Westens würde zu solchen Pressionen einladen.

Die steigenden Verteidigungsausgaben des Warschauer Paktes - insbesondere der Sowjetunion - mit dem Ziel, die militärische Stärke sowohl konventionell wie nuklear zu verbessern, haben Ausmaße angenommen, die nicht mehr mit ihren berechtigten Sicherheitsinteressen zu rechtfertigen sind. Um das militärische Gegengewicht zu diesem Potential des Warschauer Paktes zu erhalten und die Abschreckung damit funktionsfähig zu halten, versuchen alle Mitgliedstaaten der Allianz nach besten Kräften, ihren Beitrag für die gemeinsame Sache zu leisten. Die dazu notwendige solidarische Bereitschaft der Partner war und ist vorhanden, auch wenn hier und da Spannungen untereinander auftreten. Letzteres ist nur zu natürlich, wenn man sich bewußt ist, daß die NATO ein Zusammenschluß freier und souveräner Staaten ist, in dem im Gegensatz zum Warschauer Pakt stets die Meinung von 15 Nationen durch Konsultation har-

monisiert werden muß, um zu einer Entscheidung zu gelangen. Darin könnte man eine Schwäche des Bündnisses sehen. Ich meine dagegen, daß sich eine natürliche Ausdruckform demokratischen Freiheitsraumes in der Außenpolitik souveräner Staaten zeigt.

In letzter Zeit ist viel über Schwächen und Unstimmigkeiten in der NATO gesagt worden. Ich bin der Auffassung, daß dabei oft übertrieben wurde. Es liegt klar auf der Hand, daß sich die NATO in unserer Zeit, 25 Jahre nach ihrer Gründung, neuen Wirklichkeiten gegenübersieht. Die Welt hat sich seit 1949 grundlegend verändert. Ich erwähne nur die nukleare Parität der Supermächte, die Entstehung einer dritten Supermacht China und die Bemühungen Westeuropas um seine Einigung. Dies alles wird Strukturänderungen der NATO nach sich ziehen. Sicherlich werden dabei die Verantwortlichkeiten zwischen den Partnern diesseits und jenseits des Atlantiks teilweise neu definiert werden müssen.

All dies darf und wird uns jedoch nicht vergessen lassen, daß die NATO ihre Zielsetzung, die Sicherheit ihrer Mitglieder zu garantieren, nur erfüllen kann, wenn die transatlantische Klammer zwischen den europäischen und den amerikanischen NATO-Partnern nicht infrage gestellt wird. Die NATO steht und fällt mit der Zugehörigkeit der USA zum Bündnis. Die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa war und bleibt Sicherheitselement ersten Ranges sowohl für Europa als auch die USA selbst. Diese Feststellungen gelten besonders im Zusammenhang mit den Einigungs-bemühungen der Westeuropäer.

Die Einigung Europas wird nur mit den USA, nicht in Frontstellung gegen sie, gelingen. Es ist zu wünschen, daß im europäischen Einigungsprozeß recht bald mehr vorangeht als bisher. Das darf aber nicht mit dem zu hohen Preis der Erosion der NATO und der damit verbundenen transatlantischen Partnerschaft bezahlt werden. Ich will damit keinesfalls einer US-Dominanz in Europa das Wort reden. Wir alle müssen jedoch bereit sein, die Stärke des Bündnisses auf der Basis von gegenseitigem Vertrauen und Verständnis für die nicht immer kongruenten Belange der Mitgliedstaaten zu erhalten.

Diese politische Leitlinie ist auch deswegen richtig, weil es auch die NATO ist, die bei den Entspannungsbemühungen zwischen Ost und West, bei ihren Erfolgen und Schwierigkeiten, den Allianzpartnern die gesicherte Ausgangsposition für Verhandlungen wie reelle Chancen für den Erfolg bietet. Alles in allem ist daher der Satz gerechtfertigt: Die NATO hat ihren Teil dazu beigetragen, den Frieden sicherer zu machen. Sie muß diese Aufgabe im Interesse unserer Menschen auch in Zukunft erfüllen.

(-/1.4.1974/bgy/pr)

+ + +

Hat Strauß eine Chance?  
-----

Nicht alle in der CSU wollen "bundesweit" werden

Von Volkmar Gebert MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion

im bayrischen Landtag und Mitglied des SPD-Vorstandes

Es wäre falsch, die Bemühungen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zu unterschätzen, seine Partei auf das gesamte Bundesgebiet auszuweiten. Zunächst waren die in gewissen Abständen regelmäßig wiederkehrenden Ankündigungen, die Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU im Bundestag aufzulösen, sicherlich nichts anderes als Erpressungsversuche an die Adresse der größeren "Schwesterpartei". Strauß hatte damit auch immer wieder Erfolg, vor allem dann, wenn die CDU vor wichtigen Entscheidungen in zwei Teile zerfiel. Auf diese Weise erwarb sich Strauß seinen Ruf als "Kanzlermacher". Er gab mit der CSU den Ausschlag für die Nachfolge Adenauers, für den Sturz Erhards und für die Wahl Kiesingers.

Der Triumph des CSU-Landesvorsitzenden war allerdings jeweils nur von kurzer Dauer. Sobald die Zerstrittenheit der CDU einigermaßen behoben war, ist Strauß nicht mehr gefragt gewesen. Die Unzufriedenheit mit dieser Rolle hat zweifellos dazu beigetragen, eine neue Strategie zu entwickeln, die Strauß - nach der Meinung seiner Ratgeber - in die Lage versetzen würde, auch Spitzenpositionen bekleiden zu können, die ihm jetzt verschlossen bleiben. Strauß hat nicht zuletzt deshalb schon bald nach der Bildung der sozial-liberalen Koalition im Jahre 1969 die von ihm sehr nachdrücklich verfochtene Forderung nach dem Zweiparteiensystem aufgegeben. Seitdem spricht er immer offener von einem Vierparteiensystem, wobei er sich die CSU als diese vierte Bundespartei vorstellt.

Wie weit fortgeschritten diese Bestrebungen sind, ist dem "Bayernkurier" zu entnehmen, dessen Herausgeber Franz Josef Strauß ist. Die traditionelle und gewohnte Parteistruktur in der Bundesrepublik, so heißt es in dem CSU-Zentralorgan, stimme nicht mehr. Wenn es langfristig bei der

Fixierung der FDP als "zweite Linkepartei" neben der SPD bleibe, so könne "die politische Mitte darauf am besten ebenfalls mit einer Zweierformierung antworten". Bei dem politischen Gewicht, das der CSU und ihrem Vorsitzenden zukomme, so der "Bayernkurier", lägen Überlegungen nahe, daß die Rolle "dieser vierten Kraft auf Bundesebene" von der CSU "übernommen werden könnte und sollte". Das CSU-Blatt meint, daß nicht parteitaktische Überlegungen, sondern staatspolitische Notwendigkeiten diese "Weichenstellung historischen Ausmaßes" erforderlich machten.

Ob Franz Josef Strauß allerdings in der Lage wäre, eine solche "Weichenstellung" in der CSU durchzusetzen, ist eine andere Frage. Ich schätze seine Möglichkeiten gering ein. Strauß hat bereits bei seinen Drohungen, die Fraktionsgemeinschaft im Bundestag aufzulösen, innerhalb der CSU in Bayern einen immer stärkeren Widerstand erhalten. Selbst wenn er sich mit einer knappen Mehrheit durchsetzen könnte, die CSU über Bayern hinaus auszudehnen, müßte er mit einer Spaltung in Bayern rechnen. Er würde dabei wahrscheinlich die gesamten fränkischen Parteiorganisationen verlieren. Strauß müßte ferner damit rechnen, daß zahlreiche städtische CSU-Verbände in ganz Bayern zur CDU überschwenken würden. Es ist fraglich, ob er diesen Verlust im übrigen Bundesgebiet aufholen könnte. Dazu müßte er die finanziellen Mittel, die die CSU jetzt ausschließlich auf Bayern konzentrieren kann, für Organisation und Wahlwerbekosten im ganzen Bundesgebiet verwenden.

Strauß hat sich seit 1962 wenig verändert. Er ist nach wie vor unbeherrscht, er handelt unkontrolliert und ist bei der Auswahl seiner Methoden nicht pingelig. Es ist deshalb keineswegs sicher, daß er, von seiner historischen Sendung überzeugt, auch die Spaltung seiner Partei in Bayern in Kauf nimmt, wobei er sich allerdings sowohl über das Ausmaß als auch über die politischen Folgen Illusionen macht. Wahrscheinlich sähe er sich dann mit seiner vierten Bundespartei sowohl in Bonn als auch in Bayern auf den Oppositionsbänken wieder.

(-/1.4.1974/bgy/pr)

+ + +

Die Machtkämpfe in der Opposition

Die Koalition muß in die Aufklärungs-Offensive gehen

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl hat nicht nur von der Kanzlerkandidatur für 1976 geträumt, sondern sie auch bereits beansprucht. Die Anwartschaft glaubte er durch Wohlverhalten als Gastredner auf dem CSU-Parteitag 1973 in München und als Galionsfigur einer geschickten Regie auf dem CDU-Parteitag im vergangenen Herbst in Hamburg schon fast sicher in der Tasche zu haben. Der Lorbeer des CDU-Erfolges bei den Kommunalwahlen in seiner rheinland-pfälzischen Operations- und Repräsentationsbasis schien letzte Barrieren für die hochgesteckten Ambitionen des "Urenkels von Konrad Adenauer" (Kohl über Kohl) beiseite geräumt zu haben. Jedoch auch ein Krankenhaus-Aufenthalt ersparte ihm nach diesem Erfolgserlebnis nicht die Ernüchterung und die Rückversetzung in den Stand eines ehrgeizigen Aspiranten unter mehreren.

Der Rekonvaleszent mußte innerhalb der vergangenen Woche folgendes zur Kenntnis nehmen: sein parteiinterner Intimfeind, Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, zog bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein ebenfalls eine Trumpfkarte, der parlamentarische Oppositionsführer Prof. Dr. Karl Carstens ließ in einer Fernsehdiskussion die Frage nach seiner eigenen möglichen Kanzler-Kandidatur mit durchsichtiger Naivität völlig im Unverbindlichen und der hessische CDU-Vorsitzende Dr. Dregger signalisierte vom Landesparteitag in Fulda unverhohlene Sympathien für einen Kanzlerkandidaten namens F.J. Strauß. Als im SPD-Pressedienst vom 24. Januar 1974 ein Beitrag im CSU-Zentralorgan "Bayernkurier" - und zwar aus der

Feder des Strauß-Vertreters als Herausgeber - als unmißverständliche Anmeldung eines vorrangigen Qualifikationsanspruches für die Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden analysiert worden war, sprach Dr. Kohl vom Aufbau eines "Pappkameraden", worauf er kein ernsthaftes Wort zu verschwenden gedanke. Ob er diese schnelle Lippe von Lübeck wohl auch heute noch riskieren würde?

Daß die CSU - übrigens in einem verteilten Rollenspiel zwischen Strauß und Stücklen, auch vom CDU-Rechtsausleger Dregger geschickt assistiert - nicht nur den "Schwarzen Riesen von Mainz" auf seine Normalgröße schrumpfen lassen, sondern auch fortschrittlichen Kräften und Gruppen in der Union einen Schuß vor den Bug setzen will, geht aus der wiederholten Strauß-Drohung mit einer organisatorischen und wahltechnischen Präsenz der bayerischen CSU auf Bundesebene hervor. Wenn Straußens Vollstreckungsgehilfe Stücklen solche Äußerungen schlitzohrig als "nicht akut" bezeichnet und CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Gledenkopf solche Perspektiven, allerdings eher beschwörend, mit der gleichen Bewertung herunterzuspielen versucht, dann kann dies über einen bereits in vollem Gang befindlichen Machtkampf innerhalb der Opposition nicht hinwegtäuschen.

Die Bonner Koalitionsparteien dürfen der CDU/CSU nicht die Chance geben oder - besser gesagt - lassen, von diesem ihrem Zustand und weiteren Entwicklungen abzulenken. SPD und FDP dürfen es auch nicht durchgehen lassen, daß sich die Opposition mit Lautstärke, Demagogie und Mätzchen aus der Beweisspflicht stiehlt und mogelt, eine sachliche Alternative zur sozial-liberalen Regierung sein zu können.

An diesem Wochenende hat es mehrere Äußerungen und Informationen aus dem sozialliberalen Lager gegeben, die die Zuversicht zur Gewißheit verstärkt haben, daß CDU und CSU bei ihren noch fliegenden Blümenträumen von der Macht die Entschlossenheit und Solidarität in dieser Koalition nicht beachten, sich in ihren gesellschaftspolitischen Zielsetzungen weder beirren noch verwirren zu lassen. Dazu muß allerdings eine konsequente Offensive der sachlichen Aufklärung gehören, die das auf Emotionalisierung, Vernebelung und Verängstigung angelegte Primitiv-Rezept einer nur auf Machtausübung und nicht auf Wehrung des Allgemeinwohls angelegten Opposition weithin sicht- und erkennbar entlarvt.

(-/1.4.1974/ks/pr)

Wirksamere Hilfe in akuter Not  
-----

Initiativen der Bundesregierung zur Verbesserung des Rettungswesens

Von Friedel Schirmer MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Der ausführliche Bericht der Bundesregierung zur Verbesserung des Rettungswesens demonstriert seine Bedeutung als öffentliche Aufgabe. Die Fortschritte im bisherigen Auf- und Ausbau des Rettungsdienstes sind bemerkenswert. In Erörterungen mit Vertretern aller beteiligten Bundesministerien wurden weitere sachliche und organisatorische Voraussetzungen herausgearbeitet, um die Leistungsfähigkeit und das Zusammenwirken der am Rettungsdienst Beteiligten zu intensivieren. Es gilt, auf der Grundlage der im Bericht der Bundesregierung bezeichneten Maßnahmen folgende Verbesserungen des Rettungswesens alsbald zu erreichen:

Der vom Bundesminister für Verkehr vorgesehene Gesetzentwurf über die Beförderung von Personen mit Krankenkraftwagen sollte möglichst noch in diesem Jahr vorgelegt werden und grundsätzlich alle Krankentransportträger einschließen. Die Bemühungen um eine Koordinierung mit den Aufgaben des Rettungssanitätätersgesetzes sind fortzusetzen. Wegen der großen Bedeutung des Gesetzes über den Beruf des Rettungssanitätäters sollte jedoch die parlamentarische Beratung unabhängig von der vorgesehenen Gesetzesinitiative über die Beförderung von Personen mit Krankenkraftwagen zügig weitergeführt werden. Dies ist auch wegen der im Rettungssanitätätersgesetz erforderlichen längeren Übergangsfristen dringend geboten.

In den Koordinierungsgremien des Bundes für das Rettungswesen sollte angestrebt werden, daß in allen Bundesländern möglichst bald einheitlich gestaltete Rettungsgesetze nach dem vom Bund-Länder-Ausschuß Rettungswesen erarbeiteten Mustergesetzentwurf erlassen werden. Im Bund-Länder-Ausschuß für Notfallmedizin beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit sollte die Ausgabe eines bundeseinheitlichen, mehrsprachigen Notfallauswei-

ees durch alle Bundesländer nachdrücklich gefördert werden. Die Aufstellung von Notrufhäkchen an Bundesstraßen ist zügig voranzutreiben. Die Deutsche Bundespost wird die Vorfinanzierung aller Investitionskosten übernehmen, die von den Bundesländern als Zuschlag zu den ständigen Gebühren erstattet werden sollen. Die Anfangsschwierigkeiten mit den gefertigten Geräten für das Notrufsystem sind überwunden.

Die Grundsätze für den Einsatz von Hubschraubern im Luftrettungsdienst, die eine weitgehende zentrale Koordinierung des Einsatzes aller Luftrettungsträger ermöglichen sollen, sind von der ständigen Konferenz Rettungswesen möglichst umgehend zu verabschieden. Das gilt besonders für die Realisierung des zwischen dem Bundesminister der Verteidigung und dem Bundesminister des Innern hergestellten Einverständnisses, daß künftig zu planende Einsatzorte von Rettungshubschraubern des Katastrophenschutzes und von SAR-Hubschraubern der Bundeswehr miteinander abgestimmt werden; daß die zivile Luftrettung - soweit sie vom Bund getragen wird - von einer zentralen Bundesstelle koordiniert werden soll, der sich alle privaten Luftrettungsträger anschließen sollten; daß alle Luftrettungsmittel an die regionalen Rettungsleitstellen angebunden werden; und daß auch die Hubschrauber der Deutschen Rettungsflugwacht (Hjörn Steiger-Stiftung) einbezogen werden. In Zusammenarbeit mit den Bundesländern sollte auch geprüft werden, ob zur gesicherten Finanzierung des Rettungswesens durch Landesrecht neue Wege möglich sind, oder ob die Begründung einer Finanzierungskompetenz des Bundes erforderlich und zweckmäßig ist.

Die Bundesregierung hat mit den aufgezeigten Initiativen ihre durch den Grundgesetz-Artikel 74 Nr. 19 gegebene Zuständigkeit genutzt und den Gesetzentwurf über den Beruf des Rettungsassistenten vorgelegt, der jetzt unverzüglich in den Bundestagsausschüssen beraten wird. Der angekündigte Entwurf über die Beförderung von Personen mit Krankenkraftwagen sollte alsbald folgen und den engen Sachzusammenhang zum Rettungsassistentengesetz sichern.

(-/1.4.1974/ks/or)

+ + +